

„Bouffier bricht Wahlversprechen“

KITAS SPD erinnert die Landesregierung an die Zusage, die Gebühren abzuschaffen

VON CHRISTIAN STANG

WIESBADEN. Gebührenfreie Kita-Plätze wie in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung bisher stets mit den Belastungen durch den Länderfinanzausgleich abgelehnt. Doch bald gilt das Argument nicht mehr, meint die SPD.

Rheinland-Pfalz und Berlin finanzieren ihre kostenfreien Kita-Plätze mit hessischem Geld. Diesen Satz hört Volker Bouffier sich gerne sagen, wenn es um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und die Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Umverteilungssystems geht. Hessen würde ja gerne ähnliche Wohltaten verteilen, so die Botschaft der Aussage. Kann aber nicht, da Jahr für Jahr ansehnliche Beträge – im kommenden Jahr voraussichtlich 1,9 Milliarden Euro – an die Profiteure des Ausgleichssystems abfließen.

Nun könnte Hessen bald können. Denn die 16 Bundesländer haben sich auf eine umfassende Neuordnung des Finanzausgleichs verständigt, die dem Land jährlich etwa 580 Millionen Euro einbringen würde. Vorausgesetzt, der Bund stimmt zu, den der Kompromiss knapp 9,7 Milliarden Euro kosten würde. Doch ist dies mehr eine Frage des Wann als des Ob.

Doch Bouffier will das Geld nicht in die Abschaffung der Kita-Gebühren investieren. Die neu gewonnenen Mittel sollten in die Forschung, die Hochschulen und die Infrastruktur des Landes investiert werden, sagte

Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) am Mittwoch. „Wir werden aber auch damit anfangen, unsere Schulden zurückzahlen.“

Im Wahlkampf hatte Bouffier versprochen, Hessen werde die Gebühren für die Kitas der Dreis- bis Sechsjährigen abschaffen, sollte die Klage Hessens und Bayerns gegen den Länderfinanzausgleich den gewünschten Erfolg haben. Bouffiers Versprechen war eine der zentralen Botschaften des Wahlparteitags in Offenbach, zweieinhalb Monate vor der Landtagswahl im September 2013.

Davon ist jetzt keine Rede mehr. Damit breche Bouffier ein zentrales Wahlversprechen der CDU, konstatierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Bouffier habe das Versprechen nicht beiläufig abgegeben, sondern bewusst in den Mittelpunkt des Parteitags in Offenbach gestellt. „Das war die Nachricht des Parteitags. Jetzt kassiert Bouffier sein Versprechen wieder ein und bestätigt einmal mehr das Bild, nach der Wahl anders zu handeln als vorher angekündigt“, meinte der SPD-Chef.

Die CDU wies die Kritik zurück. Die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs sei noch nicht abgeschlossen und solle auch erst 2020 in Kraft treten, sagte Holger Bellino, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Es sei nicht zielführend, schon vier Jahre im Voraus Festlegungen über die Verwendung der Mittel zu treffen.